

# Danziger Zeitung.

Nr. 20061.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Aelterhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1893.

## Telegramme der Danziger Zeitung.

**Mainz, 6. April.** (Privattelegramm.) Die Mainzer Handelskammer hat sich gegen die Aufhebung der Staffeltarife erklärt, da sie grundsätzlich jeder Verbilligung der Frachten zustimme.

**Wien, 6. April.** (Privattelegramm.) Die Cholera ist aus Russland in die galizische Gemeinde Rudynce eingeschleppt worden. Neun Erkrankungen und zwei Todesfälle sind bisher constatirt worden.

**London, 6. April.** (M. L.) Das Ministerium des Innern benachrichtigte die Sanitätsbehörden der englischen Häfen, daß nach einem Bericht des englischen Consuls in Brest seit dem 22. März in Corrient 51 Cholerafälle festgestellt worden sind.

## Politische Uebersicht.

Danzig, 6. April.

### Das Arbeitspensum des Abgeordneten-hauses.

Das Arbeitspensum, welches das Abgeordnetenhaus in dem zweiten Theil der Session noch zu erledigen hat, beschränkt sich, von dem Wahlgesetz abgesehen, welches nur noch einer letzten Lesung bedarf, auf die Secundärvorlage und die drei Steuergeheimnisse. Der Geheimnismurf betr. die Verbesserung des Volksschulwesens ist, soweit es sich auf die Erhöhung des Dispositionsfonds um jährlich 4 Mill. Mk. und um die einmalige Verwendung von 6 Mill. Mk. zu Schulbauten handelt, der Steuercommission überwiesen worden und in dieser durch eine Bestimmung in dem Ergänzungsgesetz berücksichtigt worden. Der weitere Inhalt der Vorlage, die Abänderung bez. Aufhebung des Gesetzes von 1887 betr. die Heranziehung der Gemeinden zu Schullasten wird Gegenstand einer zweiten Beratung sein; aber bei dem Widerstand, den Conservative und Centrum diesem Vorschlage der Regierung entgegenstellen, wird diese zweite Beratung ohne Ergebnis bleiben, so lange das Ministerium nicht geschlossen für die Vorlage eintritt, die der Finanzminister zwar mit eingebracht, aber bisher nicht vertheibigt hat. Die conservativ-clericale Mehrheit des Abgeordnetenhauses trägt gar kein Bedenken, über diese Vorlage zur Tagesordnung überzugehen, obgleich die Regierung in der Begründung erklärt, so lange das Gesetz von 1887 in Kraft bleibe, sei sie außer Stande, die Volksschule auf dem bisherigen Niveau zu halten. Da namentlich die weniger wohlhabenden Gemeinden keinen großen Eifer haben, sich durch das Cultusministerium zu höheren Leistungen für das Volksschulwesen drängen zu lassen, so fürchtet die Mehrheit nicht, daß die Ablehnung dieser Vorlage ihr bei den Neuwahlen zum Abgeordnetenhause schaden könnte. Gleichwohl würde es sich sehr empfehlen, die zweite Beratung dieser Vorlage derjenigen der Steuerreformgeheimnisse vorausgehen zu lassen, denn nachher wird keine Zeit dazu übrig bleiben. Eine Ausnahme von der Forderung, daß der Verbesserung der äußeren Verhältnisse der Volksschule und ihrer Lehrer der Erlaß eines Schulgesetzes nach dem Muster des Entwurfs des Grafen Jeditz vorausgehen müsse, wird die Mehrheit des Abgeordnetenhauses wohl zu Gunsten des zur Zeit noch der Beratung im Herrenhause harrenden Geheimnismurfes betreffend die Ruhegehaltssachen für die Lehrer und Lehrerinnen in öffentlichen Volksschulen zulassen, zunächst schon deshalb, weil hier die Verbesserung der Pensions-

und zum Theil auch Gehaltsverhältnisse der Lehrer und ihrer Wittwen mit einer Erleichterung der Lasten der ärmeren Gemeinden zusammenfällt.

Die Commission des Herrenhauses hat ihren Bericht bereits vor einiger Zeit erstattet; zur Erledigung wird derselbe aber erst gegen Ende des Monats kommen, wenn das hohe Haus zur Verhandlung über das Wahlgesetz ohnehin zusammen-treten muß. Angesichts des Sturmlaufs, den die mittelparteiliche Presse gegen die bezüglichen Beschlüsse des Abgeordnetenhauses unternommen hat, sieht man diesen Verhandlungen mit um so größerer Spannung entgegen, als beide streitende Theile, sowohl das Centrum als die Mittelparteien, ihre Stellung zu der großen Steuerreform von einer ihnen genehmen Gestaltung des Wahlgesetzes abhängig zu machen entschlossen sind.

### Zur Frage der Reichstagsauflösung

äußert sich das offizielle Fraktionsorgan der nationalliberalen Partei, die „Nationalliberale Correspondenz“, in ähnlichem Sinne, wie wir bereits gestern an dieser Stelle gethan haben. Das genannte Organ führt aus:

„Nach den neulichen Andeutungen, die auf officiöse Quellen zurückgingen, konnte erwartet werden, daß die Regierung dem Reichstage entgegenkommen werde. Heute heißt es (f. den von uns telegraphisch mitgetheilten, für officiös gehaltenen Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.“), daß weder das von Herrn v. Bennigsen gemachte Angebot von 45 000 Rekruten noch seine Kritik der Regierungsvorlage Momente enthalte, welche der Militärverwaltung behilflich sein könnten, sich ein Bild von den organisatorischen Ideen des Herrn v. Bennigsen zu machen. Mit einem Male wird erklärt, daß auf die jährliche Rekrutenquote, deren Festsetzung überdies nach dem Wahlgesetz ohne Concurrenz des Reichstages zu erfolgen habe, ein Vermittelungsantrag überhaupt nicht aufgebracht werden könne. Die Regierung hat sich wieder auf ihre alte Stellung zurückgezogen, daß die Annahme des Compromißantrages die geplante Wirkung der innerhalb des beantragten Zeitraumes praktisch völlig durchführbaren Vorlagen in wesentlichen Bestandtheilen nicht nur abwürgen, sondern völlig aufheben würde. Durch diese Abgabe der Regierung wird die politische Lage keinesfalls verbessert; da so weitgehende Zugeständnisse, wie die des Herrn v. Bennigsen auch jetzt noch eine scharfe Zurückweisung erfahren, so ist nicht mehr abzusehen, wie die Regierung sich überhaupt mit diesem Reichstage einigen will. Wenn für eine Annahme der Vorlage in ihrem vollen Umfange nur die Conservative eintreten, nachdem sie ihre Gegnerschaft gegen die dreijährige Dienstzeit scheinbar aufgegeben haben, so hat Herr v. Bennigsen dieses Eintreten für die Regierungsvorlage schon treffend charakterisirt, als er sagte, daß die Sympathie der Conservative für die Vorlage mit der Aussicht auf ein negatives Ergebnis der Beratungen gewachsen sei. Und dazu scheint nicht einmal die Stellung der Conservative eine geschlossene zu sein, wenn man die Haltung des Herrn v. Hammerstein in der Militär-Commission betrachtet. Man fragt sich also vergebens, auf welche Parteien die Regierung sich bei der Durchbringung der Vorlage stützen will. Sie behauptet freilich, daß die Vorlage innerhalb des von ihr beantragten Zeitraumes völlig durchführbar sei; die Meinungen hierüber standen sich aber in der Commission gegenüber, von einem Ausgleich derselben kann keine Rede sein. Innerhalb des

Centrums und der freisinnigen Partei sind offenkundig auch Elemente vorhanden, welche der Regierung entgegenkommen bereit sind. Wenn diese aber anheftend auf ihrem Scheitern bestehen und höchstens in ganz untergeordneten Punkten Nachgiebigkeit zeigen will, so werden schließlich auch jene Mitglieder der genannten Parteien sich zurückziehen müssen. In der Commissionsberatung war allerdings auch für den Vorschlag des Herrn v. Bennigsen eine Mehrheit nicht vorhanden, er zeigte aber die einzige Linie, auf der man schließlich sich einigen konnte, wenn man einerseits nur das militärisch Nothwendige zur Einführung der dreijährigen Dienstzeit forderte und andere wünschenswerthe Einrichtungen zurückstellte, andererseits auf die neue finanzielle Belastung in einer Zeit des wirtschaftlichen Niederganges die gebührende Rücksicht nahm. Steht die Sache heute so, daß die Regierung es auf eine Auflösung des Reichstages ankommen lassen will, dann wird sie sich auch die Folgen zuzuschreiben haben, welche ein solches Ereigniß im gegenwärtigen Augenblicke haben muß. Unter diesen Umständen werden die Verhandlungen des Reichstages nach der Osterpause nicht unter günstigen Vorzeichen aufgenommen werden können. Wir geben die Hoffnung nicht auf, daß die Regierung sich noch eines Besseren besinnt und dem Reichstage die Hand zur Verständigung bietet. Sollte sie aber ihr letztes Wort gesprochen haben, so wird die Verantwortung für den zerrüttenden Wahlkampf, der sich an die Reichstagsauflösung anschließen wird, nicht die Parteien treffen, welche in ihrem Entgegenkommen so weit gegangen sind, als es die wirtschaftlichen Verhältnisse zulassen, um die populäre Forderung nach Einführung der dreijährigen Dienstzeit ihrerseits möglich zu machen.“

Was die Stellung der Agrarier zu der Auflösungsfrage betrifft, so haben ihre Wortführer in der Presse ein merkwürdig schlechtes Gedächtniß. Als neulich die „Nordd. Allg. Ztg.“ den Artikel über die Militärvorlage brachte, der vielfach als Ankündigung der Auflösung des Reichstages aufgefaßt wurde, schrieb die „Arenzzeitg.“: „Wir blauen nicht fröhlich Fanfare zur Auflösung, wie die „Post“, uns impudirt, aber wir sind der Ansicht, daß ein Zurückweichen der verbündeten Regierungen von dem, was sie nach vielfacher Erwägung für die militärische und politische Sicherheit des Reichs für unbedingt nothwendig erachtet, nach außen eine Vanneroterklärung des deutschen Reichs und nach innen eine Capitulation vor dem Parlamentarismus bedeuten würde. Einer solchen Eventualität ziehen wir das Risiko einer Reichstagsauflösung mit allen Konsequenzen (auch dem Verfassungsconflict) vor.“

Das war am 28. März. Jetzt aber schreibt dieselbe „Arenzzeitg.“: „Wo und wann haben wir oder irgend ein anderes conservatives Blatt, das diesen Namen mit Recht führt, die verbündeten Regierungen zur Auflösung des Reichstags zu drängen versucht? Was wir über diesen Punkt fasten, beschränkte sich darauf, daß wir die Aussichten der Conservative eintretenden Falls für die vergleichsweise am wenigsten ungünstigen erklärt haben.“

Weshalb mag wohl die „Arenzzeitung“, die vor wenigen Tagen erst darlegte, die Regierungen müßten, wenn sie im Wahlkampfe siegen wollten, vor allem mit einem festen Programm hervortreten, „in dem sie mit dem Mandatserthum (d. h. der Handelsvertragspolitik) endgiltig und entschieden brechen“, plötzlich so ängstlich sein und ableugnen, daß die conservative Partei sich nur deshalb für die „ganz Militärfache“ erklärt hat, weil das das Mittel zu sein scheint, die Militär-vorlage zum Scheitern zu bringen und die Regierung zur Auflösung des Reichstages zu zwingen? Sollte sie Wind davon haben, daß Graf

Caprivi das Spiel durchschaut, welches seine guten Freunde, die Agrarier, die auf seine Erbschaft speculiren, gegen ihn spielen?

### Der Grundirrtum der Gegner des russischen Handelsvertrages.

In der gegenwärtigen Agitation gegen einen deutsch-russischen Handelsvertrag spielt die Hauptrolle die Befürchtung, daß die Zulassung des russischen Getreides zu den ermäßigten Vertragszöllen nothwendig eine Ermäßigung der Preise für deutsches Getreide um den Betrag des Differenzbetrages herbeiführen werde. In allen Parlamentsreden der agrarischen Wortführer, wie in allen Agitationsreden auf agrarischen Versammlungen kommt diese Anschauung in der Behauptung zum Ausdruck, daß durch einen Handelsvertrag, welcher Rußland die Meistbegünstigung auf dem deutschen Markte gewährt, der Preis für deutschen Weizen und für deutschen Roggen noch um weitere 15 Mk. pro Tonne herabgedrückt werden müsse. Es verschlägt den Herren auch nichts, daß sie sich damit im vollen Widerspruch zu ihrer früheren, seit 1878 immer wiederholten Behauptung setzen, daß der Schutz-zoll das inländische Getreide für den inländischen Verbrauch gar nicht vertheuern, sondern nur der ausländischen Concurrenz den Absatz erschwere. Jetzt sprechen sie offen aus, daß die Beibehaltung der höheren Zölle gegen Rußland allein schon genüge, um den Preis des deutschen Getreides um 15 Mk. höher zu halten, weil sie mit der Drohung eines weiteren Preisrückganges eben ihre Agitation in landwirtschaftlichen Kreisen am wirksamsten betreiben zu können glauben.

Mit Recht behandeln denn auch manche der jetzt dem Reichskanzler zugehenden Petitionen deutscher Handelskammern gerade diese agrarische Behauptung, und insbesondere untersuchen die Vorsteher der Königsberger und der Stettiner Kaufmannschaft, denen doch auf diesem Gebiet ein sachkundiges Urtheil nicht abzusprechen ist, in ihren Eingaben die Frage, welchen Einfluß die Zulassung des russischen Getreides zu den Vertragszöllen auf den Preis des deutschen Getreides ausüben könne. Beide Kaufmannschaften kommen übereinstimmend zu dem Ergebnis, daß der Fortfall der Differentialzölle gegen Rußland auf das Verhältniß des inländischen Preises zum gleichzeitigen Weltmarktpreise von irgend erheblichem Einflusse nicht sein könne. Rußland beeinflusse naturgemäß so gut wie jeder andere Getreide exportirende Staat den Weltmarktpreis, aber für den Inlandspreis in Deutschland müsse es gleichgültig sein, ob Rußland bei Aufrechterhaltung der Differentialzölle seinen Absatz in anderen Ländern suche und Deutschland seinen Bedarf aus den meistbegünstigten Ländern beziehe, oder ob bei Aufhebung der Differentialzölle Rußland weniger ins übrige Ausland und das Mehr nach Deutschland exportire. Beide Kaufmannschaften können sich auch auf die bisher mit den Differentialzöllen gemachten Erfahrungen berufen, denn obwohl Rußland in dieser Zeit wenig oder nichts nach Deutschland exportirt hat, ist das letztere doch in der Lage gewesen, seinen Bedarf aus den meistbegünstigten Ländern zu decken. Von entscheidendem Einfluß ist hierbei gewesen und wird auch ferner sein der Umstand, daß alle großen Getreideproduktionsländer, welche für die Versorgung des deutschen Marktes außer Rußland in Betracht kommen, bereits die Meistbegünstigung in Deutschland erlangt haben. Unter diesen Verhältnissen würde der durch Differentialzölle bewirkte Ausschluß eines einzigen, wenn auch wichtigen Produktionsgebietes doch nur unter ganz ungewöhnlichen

sie nach Athem. „Mir waren zum landwirthschaftlichen Verein in der Stadt, und du hattest Unglück gehabt im Préférence, und da ich zufällig die Wirtschaftskasse bei mir hatte, so...“

„Na ja“, unterbrach er sie ärgerlich, „so legst du's aus im Hotel! Du brauchst nicht lange zu sein um die paar Groschen. Sollst sie bei Heller und Pennig zurückhalten. Und im übrigen“, er warf das Heft auf den Tisch, „ich will absolut nicht wissen, was du mit deinem Gelde anfängst! Das fehlte mir gerade noch, daß ich bei der Last von Geschäften, die auf mich ruht, mich auch noch um das Bischofs Haushalt kümmern sollte! Schließlich soll ich mir wohl eine Aukenschurze vorbinden und mich an den Kochherd stellen? Aber das schwöre ich dir zu, Henriette, das geschieht nie, nie! Da kannst du machen, was du willst. Schlimm genug, daß ich mir mit solchen Kleinigkeitsskramereien das Leben verbittern lassen muß. Zum Pennigfuchser bin ich weder geboren noch erzogen. Also ich ersuche dich ein für allemal, Frau, verschone mich in Zukunft mit dem Heft da und sage mir kurz und bündig, wie viel du brauchst! Verstanden?“

In Frau v. Rohnsdorffs Auge schimmerte eine Thräne. Aber sie sagte sich tapfer. „Wenn du mir noch zweihundert Mark geben wolltest, lieber Rodus“, bat sie.

Er fuhr zu ihr herum. „Zweihundert Mark? Du träumst wohl? Heute ist ja schon der Dreizehnte!“

„Der Dreizehnte... ich glaube...“

„Nun, was glaubst du?“

„Der Dreizehnte!“ hauchte sie.

„Na, und wenn zehntausendmal der Dreizehnte ist. Was willst du denn mit dieser kolossalen Summe?“

„Du hast doch den Landrath und die Uebrigen zum nächsten Sonntag wieder eingeladen, und dann habe ich auf deine Anordnung auch ein neues Sommerkleid für Ulla bestellt.“

„Herrgott, ja! ja! ja! ja! Du sagst das ja gerade so, als wolltest du mir einen Vorwurf daraus

### Der Herr im Hause. (Nachdruck verboten.) Humoristischer Roman von Heinrich Vollrat Schumacher.

Drittes Kapitel.  
„Verzeih, lieber Rodus, wenn ich dich störe!“ sagte Frau v. Rohnsdorff ängstlich, indem sie in das Arbeitszimmer ihres Gatten trat, jedoch gleich an der Thür stehen blieb.

Der Freiherr lag auf dem Sopha und rauchte eine seiner berühmten Cigarren.  
„Was giebt's denn schon wieder?“ knurrte er mit ärgerlicher Miene aufsehend. „Nicht einmal ruhig arbeiten kann man mehr!“

Frau Henriette tastete schon wieder nach der Thürkante.  
„Du arbeitest? Entschuldige, ich mußte es wirklich nicht! Ich darf dann wohl ein andermal wiederkommen?“

Er sprang auf.  
„Ein andermal?“ rief er noch unmißfacher.

„Damit ich gar keine Ruhe habe, wie? Du bist da, also was wünschst du von mir? Was soll ich?“

„Ach Gott!“, stammelte sie erschrocken. „Ich fürchte, du wirst mir böse werden, Rodus... es... es ist so unangenehm... ich... ich weiß nicht... ach lieber Rodus — das Wirthschaftsgeld...“

Sie starrte ihn aus weit geöffneten Augen angstvoll an.

„Zum Teufel, Frau, so rede doch!“ suchte er mit den Händen in der Luft umher. „Was ist mit dem Wirthschaftsgeld? Ich will doch nicht hoffen...“

Frau v. Rohnsdorff wich einen Schritt zurück, so daß ihr ihre zarte, immer noch mädchenhafte Gestalt eng an die Wand drückte. Dann faltete sie ihre feinen, zitternden Hände über der Brust und vermochte nur ein einziges, leises Wort hervorzuhuchen.

„Ja!“

„Was: ja?“

„Ja, es ist zu Ende!“ senkte sie bekümmert das Haupt, dessen Lächeln sich, freilich nun schon

mit weißen Fäden durchzogen, noch immer so jählich um Stirn und Nacken ringelten, wie in jener fernen Zeit, da Lieutenant Rodus v. Rohnsdorff sie sich so gern um die Finger gewickelt hatte. Die lachende Zeit der jungen Ehe, hatte er sie ganz vergessen?

„Zu Ende?“ rief er voll Born. „Aber das ist ja nicht möglich! Heute ist doch erst der Zwölfte!“

„Ich... ich glaube der Dreizehnte!“

„Meinetwegen auch der Dreizehnte! Aber noch lange nicht der Letzte! Sage also, daß du dir einen schlechten Scherz mit mir erlaubst, Henriette!“

Sie erschrak schon vor dem Worte.

„Einen Scherz? Wie sollte ich das wagen?“

„Aber dann — ich begreife das nicht! Das ist ja eine heillose Verwirrung. So erkläre mir doch um des Himmelswillen, Frau, was aus dem vielen Gelde geworden ist!“

„Ach Gott, Rodus, wir hatten so viel Besuch...“

„Diel Besuch? Wann denn? Ich habe nichts davon gemerkt. Und wenn auch! Die paar Menschen konnten doch unmöglich so viele Ausgaben verursachen!“

Frau v. Rohnsdorff zog ein schmales blaues Heftchen aus ihrer Schürzentasche und hielt es dem Gatten hin.

„Wenn du so gut sein wolltest, einmal nachzusehen...“ sagte sie schüchtern. „Ich habe mir's aufgeschrieben!“

Er riß erstaunt die Augen auf und nahm das Heft mit einem unwilligen Griffe, um es aufzuschlagen. „Conto der Besuche!“ las er.

„Was ist das nun wieder für ein Unsinn?“

„Ich glaube... ich dachte... da wir doch sparsam sein müssen...“

„Herrgott und da rechnest du deinen Gästen jeden Bissen in den Magen? Das geht denn doch über die Fußschnur! Wie oft hab' ich dir's schon gesagt und wie oft soll ich's noch wiederholen: Gastsfreierheit war eine Haupttugend der alten Deutschen! Und die Nachkommen dieser alten Deutschen das sind wir, wir vom Abel! Die anderen sind so eingewandertes Gesindel, wie

dieser Ludnow, dessen wendischen Ursprung schon der Name beweist! Noblesse oblige! Das ist von jeher mein Wahlspruch gewesen und soll es auch bleiben!“

Frau Henriette erwiderte nichts; sie unterdrückte nur einen schweren Seufzer, der ihr das Herz beklommen machte. Ein kostspieliges Wort, dieses noblesse oblige!

„Doch neugierig bin ich“, fuhr der Freiherr mit grimmigem Hohne fort, indem er in dem Heft den laufenden Monat aufschlug, „wie du mit deinem spießbürgerlichen Rechnen diese kolossale Summe herausbugst! Haft! Also — am ersten: Landrath Graf Sternberg mit Familie, Freiherr v. Lennep mit dito, Frau v. Erichshofen mit fünf Töchtern, Herr v. Warstedt, Rittergutsbesitzer v. Jähwisch, Graf Brede, Lieutenant v. Rosen-berg — neunzehn Personen. 5 Pfund Caviar, 4 Pfund Lachs, 10 Duzend Austern, 3 Victoria-Torten, Rehbraten, Waldschneepfen, 8 Pfund Gebirgsforelle u. s. w. u. s. w. Dazu 2 Sorten Rothwein, 2 Sorten Rhein und Mosel, Cognac und Chartreuse, sowie Champagner Veuve Clicquot; macht in Summa 267 Mark 39 Pfennige.“

Er hielt einen Augenblick inne, um Athem zu schöpfen.

„Ein bischen theuer war's ja“, murmelte er dann, um darauf, wie in der Erinnerung alle jene Genüsse noch einmal durchkostend, mit der Zunge zu schnalzen. „Aber auch ein exquisites Diner, auf Ehre! Selbst der vermählte Graf Sternberg machte mir das Compliment, er habe das letzte Mal in Berlin bei Uhl auch nicht besser gegessen.“ Das war also am ersten. Nun zum zweiten. Ah, richtig, da hatten wir das Whistkränzchen, 24 Personen — Summa 92 Mark 53 Pfennige! — Es ist ein Scandal!“ unterbrach er sich. „Sogar das Aupfergeld hat sie notirt! Fi done! — Am dritten? 64 Mark 15 Pfennige! Ja, wofür denn?“

Frau v. Rohnsdorff, die in stilles Sinnen versunken war, fuhr zusammen.

„Vielleicht erinnerst du dich nicht mehr.“ rang



Ernteegebnissen auf den Getreidepreis in Deutschland eine wesentliche Wirkung haben können. Für die Zeiten normaler Ernten aber stützt sich gerade die Behauptung, mit welcher die Agrarier vorzugsweise agitierten, auf eine durchaus hin-fällige Voraussetzung.

#### Eine grandiose Idee.

In der heftigsten ersten Kammer spielte sich kürzlich ein Vorgang ab, der in doppelter Hin-sicht von allgemeinem Interesse ist. Es handelte sich um die Beschlußfassung über die bekannte Petition des Frauenvereins „Reform“ in Weimar betreffend Errichtung von Mädchengymnasien oder Zulassung des weiblichen Geschlechts zur Ableistung der Maturitätsprüfung, welche die zweite Kammer der Regierung zur Erwägung und Berücksichtigung überwiesen hatte. Diese Gelegenheit benutzte der Bischof Saffner, seine Auf-fassung von dem Beruf des Weibes darzulegen. Es trat dabei zu Tage, daß er sich über den banalen Philisterstandpunkt nicht zu erheben vermochte. Die Mädchen sollten heirathen, nicht so viele An-sprüche machen, das Universitätsstudium sei für Frauen grundverderblich, diese Bestrebungen seien nur aus nihilistischem oder socialdemokratischem Lager hervorgegangen, u. dergl. mehr. Was soll aber aus denen werden, die „ihren natur-gemäßen Beruf“ verstehen? aus sozialen Ursachen? „Geh' in ein Kloster, Ophelia!“, sie mögen das Ordenskleid tragen. Das ist jedenfalls die be-quemste Lösung des sozialen Problems, unter welchem das weibliche Geschlecht vielfach leidet. Die Idee ist in ihrer Art grandios. Es fehlt ihr nur die Ergänzung, den durch die wirtschaftliche Entwicklung überflüssig gewordenen männlichen Kräften, zuvörderst der industriellen „Reserve-armee“, die Pforten des Klosters zu öffnen.

#### Deutschlands Ausfuhr nach der Union und die Mac Kintley-Bill.

Ueber den Antheil Deutschlands an der Einfuhr in die Vereinigten Staaten bringt der neueste Jahresbericht des österreichisch-ungarischen General-Consulats in Newyork eine Reihe bemerkens-würdiger Angaben, welche ein recht gutes Bild von der Bedeutung des amerikanischen Marktes für die europäische Production und speciell für die deutsche Industrie liefern. Darnach stellte sich im letzten Fiskaljahre die Einfuhr in den 11 hervorstechendsten Warenkategorien folgender-maßen:

Einfuhr in die Vereinigten Staaten im Fiskaljahre 1891/92	im ganzen aus Deutschland
Zucker . . . . .	8081 170 Doll. 4804 628 Doll.
Hopfen . . . . .	883 701 „ 796 232 „
Wier . . . . .	1709 960 „ 235 035 „
Wein . . . . .	8994 503 „ 1671 693 „
Baumwollwaren . . . . .	27 061 993 „ 7668 132 „
Wollwaren . . . . .	34 038 427 „ 7718 946 „
Handschuhe . . . . .	5 830 380 „ 2217 821 „
Porzellanwaren . . . . .	8 708 598 „ 1682 981 „
Glaswaren . . . . .	8 758 964 „ 3792 622 „
Cement . . . . .	3 845 572 „ 1548 821 „
Seidenwaren . . . . .	23 821 097 „ 6038 068 „

Aus allen diesen Positionen der Einfuhr in die Vereinigten Staaten geht die große Be-deutung des amerikanischen Marktes für den deutschen Export hervor. Gleichzeitig lassen sie aber auch die wichtige Stellung erkennen, welche sich Deutschland dort gegenüber den concurren-ten europäischen Staaten erkämpft hat; fast bei allen Waarengruppen macht der Antheil Deutsch-lands über 20 bis 50 Proc. der Gesamteinfuhr aus. Es gibt dies insbesondere auch von Baum-woll-, Seiden- und Wollwaren, in denen doch die englische, resp. die französische Concurrenz eine sehr starke ist. Die Mac Kintley-Bill hat diesen starken Absatz nur zum Theil nachtheilig beeinflussen können, und es ist wohl nicht zu zweifeln, daß die Aussichten für den deutschen Export auch ferner sich günstig entwickeln werden, wenn die im vorigen Jahre hergestellten handels-

machen! Der Landrath kann mir bei der Ge-meindeversteher - Geschichte sehr nützlich sein und die Anderen — ein paar Gasse mehr oder weniger, darauf darf's den Rohnsdorff's nicht ankommen. Und was endlich Ulla anbetrifft, so verlange ich, daß meine Kinder standesgemäß gekleidet sind! Ich dulde absolut keinen Widerspruch! Hörst du?“ „Ja, lieber Rodus!“

„Na also! Dann — zweihundert Mark? Sollst sie gleich haben, Alte!“

Er ging zu seinem Schreibtische, um eine Schub-lade desselben zu öffnen, aus welcher er eine grüne Geldkassette hervorholte. Doch bestürzt stellte er sie gleich darauf wieder zurück.

„Nanu?“ rief er dann. „Sie ist ja leer! Bloß noch ein paar elende Markstücke! Wie ist das möglich?“

Frau v. Rohnsdorff machte ein paar hastige Schritte zu ihm hin. Dann jedoch blieb sie angst-voll wieder stehen und heftete ihre Augen erschreckt und zögernd auf den Gatten, der sich mit beiden Händen nach der Stirn gefahren war.

„Aber vorgestern hatte ich doch noch über drei-hundert Mark!“ murmelte er grübelnd. „Räthsel-haft!“ — „Henriette!“ fuhr er plötzlich empor und schaute sie mit durchbohrenden Blicken an. „Wenn ein Dieb . . .“

Er vollendete nicht, sondern untersuchte fieber-haft das Schloß des Schreibtisches. Es war in adelslosem Zustande.

„Und dennoch!“ rief er. „Es ist nicht anders. Ich bin bestohlen, schändlich bestohlen! Und es ist ein Hausdieb! Wer weiß es sonst, wo ich mein Geld verahre! Aber — oh, ihr sollt mich kennen lernen! — Wer hat heute Morgen hier aufgeräumt?“

Sie wich wieder vor ihm zurück.

„Bertha!“ flammelte sie. „Wie immer! Ach Gott, Rodus, Rodus!“

„Goll sofort hierher kommen! — Was rennst du denn? Das schickt sich für die Herrschaft nicht. Klingele!“

Frau v. Rohnsdorff klingelte. Aber dem Frei-herrn dauerte das zu lange. Mit einem Satze war er an der Thür und schrie hinaus.

„Bertha! Bertha! Zum Henker! Bertha!“

Im Gefolge immer fuhr Bertha, das Stuben-mädchen von dem Strumpfe empor, den sie stopfte.

„Es hat ihn wieder!“ flüsterte sie Ploch, dem Rutscher, zu.

Ploch bekehrte sich.

Nach langem Verhör stellte es sich heraus, daß Bertha den Schreibtisch nicht berührt hatte, und daß außer ihr noch Ploch, der Rutscher, und Fräulein Ulla im Zimmer gewesen waren.

„Na ja, da kommt's heraus“, donnerte der Freiherr Bertha an, „was Sie aufräumen nennen! Da wird mit dem Staublappen über alles Mög-

politischen Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten zum Zwecke neuer Ver-kehrserleichterungen weiter ausgebildet werden.

Ueber die Aussichten für die von dem neuen Präsidenten beabsichtigte Revision des amerika-nischen Zolltarifs spricht sich der erwähnte Con-sularbericht freilich nicht allzu hoffnungsvoll aus. Die Revision des Zolltarifs, heißt es darin, dürfte sich nicht allzu schnell und auch nicht unter Fest-haltung wissenschaftlicher, von persönlichen Inter-essen losgelöster Grundsätze vollziehen. Eine Anzahl von Zollpositionen des Zolltarifs dürfte heute schlechterdings nicht verändert werden, weil die dadurch geschaffenen Industrien einmal vorhanden seien und deren Existenzbedingungen nicht vorzeitig beseitigt werden können, da man im Falle der Nichtlebensfähigkeit dieser künstlich aufgezogenen Industriezweige ruhig ihr Erlöschen abwarten könne. Was die in den Händen der Trusts befindlichen Artikel betreffe, so werde die Revision des Zolltarifs bei den dieselben betreffenden Positionen Halt machen müssen, wenn es nicht gelingen sollte, im Wege der Gesetzgebung die Trustbildung überhaupt unmöglich zu machen. Was die einzelnen Waarengruppen betriffe, wird erwähnt: zunächst werde eine Herabsetzung oder eine Abschaffung der Rohstoffzölle vorgeschlagen und voraussichtlich ohne große Opposition be-schlossen werden. Ob Zollabstriche in Glas- und Thonwaren, Baumwoll- und Seidenwaren, Handschuhen und ähnlichen Fabrikaten zu er-warten sein werden, sei zweifelhaft, am ehesten dürfte mit Fortfall der Wollzölle dies bei Woll-waren der Fall sein. Betreffs der Zuckerfrage werde man wohl kaum an eine Aufhebung der Zuckerprämie und an eine Rückkehr zu dem früheren Systeme denken können.

#### Choleraabacillen im Eise.

Seitdem das Vorhandensein lebens- und ent-wicklungsfähiger Choleraabacillen im Eise nach-gewiesen worden, ist man namentlich in behörd-lichen Kreisen gegen die Vernehmung allen aus sanitär irgendwie verdächtigen Wasserläufen ge-wonnenen Eises sowohl zu Kühlwecken, wie ins-besondere zum Zwecke des direkten Genusses sehr mißtrauisch geworden. In Deutschland sind lehtlin vielfach polizeiliche Warnungen vor der Ingebrauchnahme choleraabacillenhaltigen Eises er-lassen; anderswo ist man noch weiter ge-gangen, so in den Vereinigten Staaten von Amerika, wo mehrere Einzelstaaten den Handel mit ununtersuchtem Eise generell ver-bieten haben, und in Kanada, wo sogar die Er-theilung der Erlaubniß zur Eisgewinnung aus öffentlichen Wasserläufen von der vorherigen Fest-stellung der Bacillenfreiheit solcher Wasserläufe abhängig gemacht worden ist. In Paris hat der Gesundheitsrath des Gemeindepalastes dieser Tage 20 000 Tonnen Eis, welche aus der Seine stammten, confiscirt.

Mehrfach wird jetzt die Frage erörtert, ob es sich nicht empfehlen möchte, betreffs des in Rede stehenden Punktes ein Votum der in Dresden verammelten internationalen Sanitätsconferenz zu extrahieren und darauf gestützt auf den Erlaß internationaler Bestimmungen über den größeren Dimensionen annehmenden Handelsverkehr in Süßwasserreis hinzuwirken.

#### Das neue französische Cabinet

enthält drei Mitglieder, die zum ersten Male Minister sind. Abgeordneter Poincaré ist erst 32 Jahre alt, er war mit 27 Jahren Abgeordneter und warf sich von allem Anfang auf Finanzfragen, die er zu seiner Besonderheit machte. Er war zu-letzt Hauptberichterstatter des Haushaltsausschusses. Von Hause aus ist er Jurist. Abg. Terrier ist Radicaler; er zählt 38 Jahre. Er war zuerst Finanzbeamter, dann Leiter einer Provinzzeitung. Er machte sich in den letzten Wochen durch seinen Gewerbesteuerantrag gegen die großen Modebaza-re bemerkbar, der von der Kammer angenommen, doch

liche hinweggehüchelt, aber das Wichtigste, der Schreibtisch, den ich täglich brauche, bleibt finger-bild voll Staub!“

Bertha drehte sich schnippisch auf dem Absatz herum und legte ostentativ die Hände auf den Rücken.

„Ich hab's satt, längst satt!“ erklärte sie über die Schulter zurück. „Ich kann's dem Herrn ja doch nicht recht machen. Wische ich den Staub ab, so komme ich in Gefahr, für eine Diebin ge-halten zu werden, und wische ich ihn nicht ab, so schilt man mich licherlich!“

Herr v. Rohnsdorff stand einen Augenblick wie vom Donner gerührt.

„Das mir! Herrgott, das mir!“ zischte er dann durch die zusammengeklappten Zähne. „Hinaus mit Ihnen, Sie . . . Noch heute packen Sie Ihre Sachen!“

Bertha machte ihm einen spöttischen Anig.

„Geh' gern, Herr Baron!“

Dann verließ sie das Zimmer, und draußen schallte ihr gezwungenes, höhnisches Lachen durch die Gänge.

Frau Henriette stand zitternd in einem Winkel und bedeckte die thränenden Augen mit ihrem Taschentuche.

„Ach, Rodus“, schluchzte sie, „ach Gott, lieber, lieber Rodus!“

Er hörte nicht auf sie. Er war schon wieder an der Thür und schrie hinaus:

„Ploch! Ploch! Zum Teufel! Ploch!“

Ploch kam und bekehrte sich. Er hatte nur die Morgenpost hereingebracht. Sonst wußte er nichts. Als er geendet, bekehrte er sich wieder und bückte sich, um nach polnischer Sitte den Saum vom Rocke seines Herrn zu küssen. Der Freiherr wich mit zornbleichem Gesicht vor ihm zurück.

„Heiliges Granaten!“ schrie er. „Ich bin kein Götz, den man anbetet. Wie oft hab' ich dir das schon verboten und auch dieses wahnsinnige Bekreuzigen . . .“

Ploch fuhr unter der vermeintlichen Gottes-lästerung zusammen und — bekehrte sich.

„Ah, sieh! sieh!“ stöhnte der Freiherr. „Er verhöhnt mich noch, mir in's Angesicht, mir, mir — hinaus, Kerl, und laß dich nicht wieder vor mir blicken. Such' dir einen anderen Dienst, heute noch, hörst du, heute noch —“

Ploch ging und man konnte es deutlich hören, wie er draußen anfang, ein Vaterunser zu beten.

„Ach, Rodus“, weinte Frau v. Rohnsdorff.

„Ach Gott, ach Gott . . .“

„Ulla! Ulla!“ schrie der Freiherr zur Thür hinaus.

Ulla kam nicht. Wie gewöhnlich steckte sie wohl wieder da irgend wo im Parke herum, mit einem Roman, oder auch bloß träumerisch in den blauen Himmel starrend. (Fortf. folgt.)

vom Senat wesentlich abgeschwächt wurde. Senator Guérin, 48 Jahre alt, gemäßigter Republikaner, sitzt erst seit zwei Jahren im Senat, hat aber in seinem Seimathdepartement Dancluse großen Ein-fluß. Von Beruf ist er Rechtsanwalt.

Von der Persönlichkeit des neuen französischen Minister-Präsidenten Dupuy giebt der Pariser Correspondent der „N. Fr. Pr.“ folgende Cha-rakteristika: Charles Dupuy wurde 1851 in Pau geboren. Sein Vater war Gerichtsvollzieher, seine Mutter Tabakfabrikant. Dupuy ist ein Selbst-madem, seinen Weg machte er im Unterrichts-wesen; er war Lehrer der Philosophie an ver-schiedenen Provinzcollegien von 1874 bis 1880, dann wurde er Schul-Inspector in verschiede-nen Departements. Im Jahre 1885 auf ein fortschrittlich republikanisches Programm gewählt, befaßte er sich in der Kammer besonders mit Unterrichtsfragen; daher kannte ihn das große Publikum fast gar nicht, als er vor wenigen Monaten ins Ministerium Ribot trat. Bald machte er sich jedoch durch seine glückliche Rede-gabe bemerkbar. Auf die gemüthlichste Weise von der Welt führte dieser kugelrunde Mann die Gegner ab, seine Schlagfertigkeit ist voller Bonhomie, er geht ziemlich schwerfällig die Tribüne hinauf, aber oben ist er flink und be-weglich. Er ist der verkörperte gesunde Menschen-verstand in einer sehr dicken Ausgabe.

#### Die englische Regierung und das Kanal-tunnelproject.

Aus London wird uns von Anfang April be-richtet:

Großes Befremden erregt in hiesigen unionisti-schen und namentlich in militärischen Kreisen die neutrale Stellungnahme der Regierung gegenüber Sir Edward Watkins Kanal-tunnel-Bill. Bekanntlich wurde 1882, also unter Herrn Gladstones Regime, eine Commission von 13 hohen Offizieren der Armee und Marine beauftragt, das Project Sir Edward Watkins, England durch einen unter der Meerenge von Calais hindurchzuführenden Eisenbahntunnel mit Frankreich zu verbinden, vom strategischen Standpunkte aus zu prüfen. Dieselbe erklärte einstimmig den Kanal-tunnel im Interesse der Sicherheit Englands für unzulässig. In Folge dessen wurde die seit 1885 in jedem Jahre von Sir Edward Watkins wieder einge-brachte Bill zur Ertheilung der Kanal-tunnel-Con-cession an die unter seinem Vorstie gebildete Actiengesellschaft von der jeweiligen Regierung, also zum ersten Male von Herrn Gladstone selbst, officiell und mit Erfolg bekämpft. In der gegen-wärtigen Session nun hat das Handelsamt, welchem die Initiative hierin zufällt, zum ersten Male die Ankündigung, daß es die Verwerfung der Bill beantragen werde, unterlassen, und der Premierminister hat auf die Frage des früheren Prä-sidenten des Handelsamts, Baron Henry de Worms, einfach erklärt, die Regierung werde die Kanal-tunnel-Bill nicht officiell bekämpfen. Die Er-widerung des Kriegsministers Herrn Campbell-Bannerman auf eine weitere von Baron de Worms an ihn gestellte Frage, daß die Militär-behörden ihre Ansicht über den Kanal-tunnel in keiner Weise geändert haben, ist allerdings schwer mit jener Erklärung in Einklang zu bringen. In unionistischen Kreisen ist man überzeugt, daß dieses Verhalten der Regierung gegenüber der Kanal-tunnel-Bill die Folge einer inzwischen her-beigeführten Verständigung sei. Sir Edward Watkins ist, wenn auch ein Mitglied der liberal-unionistischen Parlamentsgruppe, ein persönlicher Freund des Premiers und hat, nachdem er sich bei den letzten Abstimmungen im Parlament be-reits wiederholt der Stimmabgabe enthalten, nunmehr sogar erklärt, für die zweite Lesung der Home-Rule-Bill stimmen zu wollen. Seine Partei-genossen werfen ihm deshalb Principienlosigkeit und grobe Vernachlässigung der Pflichten gegen seine Wähler vor. Uebrigens wird er diesmal noch keine Majorität für seine Kanal-tunnel-Bill erhalten, doch ist durch das neutrale Verhalten der Regierung ein Präcedensfall geschaffen, durch den das Project seiner Verwirklichung um einen wesentlichen Schritt näher gerückt erscheint.

#### Die Liberalen in Serbien.

Vorgestern haben, wie aus Belgrad gemeldet wird, die liberalen Abgeordneten der Skupsch-tina eine Conferenz abgehalten, auf welcher voll-ständige Einmüthigkeit herrschte. Sämmtliche liberale Abgeordneten sind eingetroffen. Der Eintritt der radicalen Deputirten in die Skupsch-tina gilt als wahrscheinlich, dieselben dürften ihr Verbleiben in der Skupsch-tina jedoch abhängig machen von der Anerkennung der radicalen Wahlen im Rudniker Kreise, welche angefochten werden. Auch die fortschrittlichen Abgeordneten Garaschanin und Novakovic werden in die Skupsch-tina eintreten.

#### Die Lage in Spanien.

In einer Versammlung der der Majorität an-gehörigen Mitglieder von Kammer und Senat hat sich der Ministerpräsident Sagasta ver-trauensvoll über die finanzielle Lage des Landes ausgesprochen. Die Versammlung beschloß, dem Minister des Auswärtigen, Armijo, den Vorsitz in der Kammer anzubieten, das Portefeuille des Auswärtigen würde von Sagasta interimistisch verwaltet werden.

#### Home Rule in Island.

Ein Correspondent beschreibt in einem englischen Wochenblatte einen Besuch, welchen er dem islän-dischen Parlamente — der Althing Kammer — in Reykjavik abstattete. Am 1. August wird in Island die Constitution in Kraft treten, welche der König von Dänemark am 5. Januar d. J. unterzeichnet hat. Nach dieser Verfassung wird Island eine eigene Legislatur und Administration für alle lokalen Angelegenheiten haben. Die gesetzgeberische Macht befindet sich in den Händen des Königs und der Nationalversammlung und die Execlutive ist in den Händen des Königs allein. So lange wie Island keine Repräsentanten im dänischen Rigsdag hat, nimmt es keinen Antheil an der Gesetzgebung in Bezug auf die Angelegen-heiten des ganzen Staates. Andererseits hat es auch nichts zu den allgemeinen Ausgaben beizutragen. Ein Secretär für Island in Kopenhagen wird für die Aufrechterhaltung der Verfassung daselbst verantwortlich sein. Der König ernannt einen Statthalter für die Insel. Sollte der Althing sich über den Gouverneur beklagen, so bestimmt der König, wie derselbe zur Verant-wortlichkeit gezogen werden soll. Der Althing wird aus 36 Mitgliedern bestehen, 30 davon werden vom Volke erwählt und 6 vom Könige ernannt werden. Der Althing besteht aus dem Ober- und Unterhause. Das erstere wird aus 6

von dem Könige ernannten und 6 von den Mit-gliedern des Althing gewählten Abgeordneten zu-sammengesetzt sein.

#### Deutschland.

\* Berlin, 5. April. Der „Schles. Ztg.“ zufolge be-abichtigt der Kaiser, im Mai einer Einladung des Grafen Hochberg zur Jagd nach Wirschowitz Folge zu leisten.

\* [Rottenburg.] Der vormalige Chef der Reichskanzlei, jetziger Unterstaatssecretär im Reichsamt des Innern, Geh. Rath Dr. v. Rotten-burg, ist jetzt von seiner Erkrankung vollständig geheilt. Es liegt zu erwarten, daß er seine dienstlichen Obliegenheiten in allernächster Zeit wieder in vollem Umfange übernehmen wird. Sein Leiden datirt aus der Zeit seiner Ueber-anstrengung im früheren Dienstverhältniß.

\* [Der nationalliberale Abg. Franke]. Zondern, ist zum Landgerichtsdirector in Berlin ernannt worden. Dadurch erlischt sein Mandat zum Abgeordnetenhause.

\* [Die diesjährige Frühjahrssparade] findet für Berlin am 2., für Potsdam am 3. Juni statt.

\* [Der Aufnahmezusangs in die Centrums-fraction]. so äußerte Abg. Imwalle in einer Versammlung der Centrumpartei in Hamm, stände nichts entgegen. Doch müßte zuvor der Widerruf von Seiten des Herrn Zusang in Betreff seiner Auslassung von einem linken und einem rechten Flügel des Centrums erfolgen. Offenlich fände eine Einigung statt.

\* [Anträge zum Wahlgesetz.] Wie die „Natio-nalliberale Correspondenz“ hört, beabsichtigt die nationalliberale Partei des Abgeordnetenhauses ihre in der zweiten Lesung des Wahlgesetzes ab-gelehnten Anträge bei der zweiten am Dienstag stattfindenden Abstimmung zu wiederholen. Die Anträge beziehen sich, wie bekannt, auf die An-rechnung der Einkommensteuer über 2000 Mk. und auf die Theilung der Wahlbezirke.

\* [Der Verein zur Förderung der Handels-freiheit] wird seine statutenmäßige Generalver-sammlung am Dienstag, den 11. April, Abends 7½ Uhr im Reichstagsgebäude zu Berlin ab-halten. Die Tagesordnung umfaßt die Erledi-gung geschäftlicher Angelegenheiten und die Be-sprechung politischer Fragen.

\* [Sprengstoff-Fabrik in Spandau.] Die Militärverwaltung trug sich eine Zeit lang mit dem Plan, in der Umgebung von Spandau eine Sprengstoff-Fabrik zu errichten; es lagen dazu Baupläne bereits vor, und man suchte in Oegenden, die möglichst weit von menschlichen Wohnstätten entfernt gelegen sind, nach Bau-terrain. Nunmehr ist das ganze Project auf-gegeben, und zwar besonders in der Erwägung, daß der Bedarf doch nicht so groß ist, um eine eigene Fabrik selbst voll beschaffen zu können. Die bezeichneten Stoffe sollen nach wie vor aus Privatfabriken bezogen werden. — Für die Gewerkschaft in Spandau steht auf längere unbestimmte Zeit ein recht schwacher Betrieb be-vor, da fühlbarer Arbeitsmangel eingetreten ist. Um jedoch Arbeiterentlassungen zu vermeiden, soll eine kürzere tägliche Arbeitszeit eingeführt werden.

\* [Petroleumschiff.] Wie die „Wes. Ztg.“ zuerzählen hört, wird in dem am 1. Juli in Kraft tretenden neuen amtlichen Waarenverzeichnis der Petroleumschiff positiv aufgehoben.

\* [Ein interessanter Beleidigungsprozeß] ist dieser Tage in Glogau zum Austrag gekommen. Dort hatte es vor einiger Zeit unliebsames Aufsehen erregt, als bekannt wurde, daß ein Lieutenant der dortigen Garnison seinem Hund den Namen „Civilist“ gegeben hatte. Das in Hamburg erscheinende Blatt „Bruder Schmieb“ hatte das Benehmen des Lieutenants scharf gegeißelt und die betreffende Nummer an die Glogauer Commandantur geschickt, die in dem Artikel eine Be-leidigung des Glogauer Offizierscorps erblickte und gegen den verantwortlichen Redacteur des Blattes Straf-antrag stellte. Der Angeklagte, der zu dem Termin vor der Glogauer Strafhammer erschienen war, führte der „Volkszeitung“ zufolge aus, wenn in dem Artikel auch scharfe Ausdrücke gebraucht worden seien, so wäre doch zu bedenken, daß das Blatt nicht für die oberen Beurlaubten oder das Offizierscorps geschrieben sei, sondern für Schmiebe, denen das, was mit dem Ge-schriebenen gesagt werden solle, auch deutlich gemacht werden müsse. Er habe sich in einer begreiflichen Er-regung befunden, als er von dem Vorfall gelesen habe, denn die Bezeichnung eines Hundes mit dem Namen „Civilist“ sei eine Beschimpfung des Bürgerstandes, welcher die Kosten für den Unterhalt des Militärs auf-zubringen habe. Der Staatsanwalt beantragte einen Monat Gefängniß, der Gerichtshof erkannte auf 100 Mark Geldstrafe.

\* [In dem neuen amtlichen Waarenverzeichnis] werden zu den Bestandtheilen künstlicher Blumen auch unabhängig von der Länge die zur Herstellung solcher Blumen und Guitranden als Stiele Verwendeten findenden sogenannten Stoffschläuche gezählt. Dieselben würden demnach einem Zoll von 900 Mark für 100 Kilogr. unterliegen. — Garne in Cops oder auf Papierhüllen (tubes) sollen nach dem neuen Waaren-verzeichnis nicht als accommodirte Garne betrachtet werden, also nicht zu 17 Mark für 100 Kilogr. ein-gekauft werden. — Lediglich in runde Scheiben ge-schnittenes Blech soll ebenso wie Streifen von Messing-blech, welche durch Ausschlagen von Messingperlen ge-locht sind, nur der Verpölung als Blech (3 Mark für 100 Kilogr.) unterworfen werden. — Holzwaren, welche durch Einwirkung von Rauch einen mehr oder weniger gleichmäßig braunen Farbenton erhalten haben, sollen wie gebeizte behandelt werden, d. h. mit 10 Mark für 100 Kilogr. belegt werden.

#### Holland.

Haag, 5. April. Hier eingetroffene amtliche Mittheilungen bestätigen, daß die niederländischen Truppen in der Landschaft Lamang bei Deli erfolgreich gegen die Atchinesen gefochten haben. (W. Z.)

#### Bulgarien.

Sofia, 5. April. Nach einer Meldung der „Politischen Correspondenz“ aus Sofia werden auch Stambulow und der Kriegsminister Sawow der Vermählung des Fürsten Ferdinand von Bulgarien beizohnen. (W. Z.)

#### Älien.

\* [Vom Schah von Persien.] Der „Neuen Fr. Presse“ zufolge erklärte der persische Gesandte Neriman-Chan in Wien die Nachricht von einer beabsichtigten Reise des Schahs nach Europa für unbegründet; eine solche Reise sei für die nächste Zeit überhaupt nicht geplant. (W. Z.)

#### Coloniales.

\* [Die Araberkämpfe im südlichen Congo-beite.] Ueber die Araberkämpfe im südlichen Congo-beite, welche die Belgier mit den Arabern unter Führung von Gefe, dem Sohne Tippu-Tipps, und Muini-Moharra hatten, sind noch weitere briefliche Mittheilungen eingetroffen. Die arabi-schen Streikräfte waren in zwei Heere getrennt, das große, 4000 bis 5000 Krieger stark, wurde von Gefe befehligt, das zweite, in Stärke von



Verantwortlich für den politischen Theil, Feuilleton und Vermischtes  
r. Herrmann, — den lokalen und provinziellen, Handels-, Marine-  
heil und den übrigen redactionellen Inhalt: A. Klein, — für den  
nterentheil Otto Rasemann, sämmtlich in Danzig.







Nord und Todtichlag kommt die Blutrache in Anwendung) folgendermaßen berechnet: eine Schädelverwundung kostet bei Entblößung des Gehirns 16 Rühе, bei Knochenbruch mit Splitterabsonderung 5 Rühе, bei einfachem Bruch 3 Rühе. Eine Stirnwunde kostet Schafsböcke (7 Rbl. 29 Kop.) Eine höchst wunderbare Berechnungsweise der Buße greift bei Gesichtswunden Platz. Sind bürtige Theile des Gesichts verletzt, so werden abwechselnd Weizen- und Gerstehörner, die erstleru der Länge nach, die letzteren quer auf die Wunde gereicht und darauf  $\frac{2}{3}$  von der Anzahl der Hörner, die sich dabei ergibt, bei Seite geworfen. Soviel Hörner nachblieben, soviel Rühе müssen als Buße hergegeben werden. Dieselbe Prozedur findet bei Verwundungen der unbehaarten Gesichtstheile, namentlich der Nase statt, nur wird alsdann bloß ein Drittel der bezeichnellen Hörnerzahl befestigt und nicht Winter- sondern Sommerweizen angewandt. Eine schwere Verletzung der Hand kostet sechzehn Rühе, während Verwundung der einzelnen Finger, und zwar des Daumens fünf Rühе, des Zeigefingers vier Rühе u. s. w. kosten. Das Theuerste ist der Verlust eines Auges: reißig Rühе. Streitfälle werden von Schiedsrichtern entschieden.



